

EXTRABLAATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher



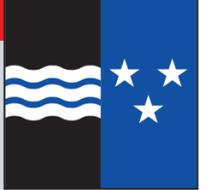
Masseneinwanderung 6-7

Arbeit muss sich
wieder lohnen!



Kanton Aargau 9-20

Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen



Für eine freie und sicherere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massenzuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungernde, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.



Müllerei-Unternehmer
Nationalrat seit 2011
www.hansjoerg-knecht.ch

In den Ständerat
Hansjörg
Knecht

Sackstark als Politiker und Mensch.

**Haben Sie Fragen
zu den Wahlen?**

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

**Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0**

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

**Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch**

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2



Alles zu den National- und Ständeratswahlen im

Kanton Aargau Seite 9-20

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

« Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. »

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

« Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. »

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: **Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder

von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!**

Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

plus Fr. 1'128.–



Mehrkosten pro Haushalt und Jahr

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derartigen Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Ver-

kehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtstress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinflall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmass-

nahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmass-

nahmen von sofortigem, ewigem tone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kan-

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



mehrfähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstim-mungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern ... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familien-nachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zu nehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer

von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsi-diert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.



Der vom Volk verlangte Inländer-vorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländer-vorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

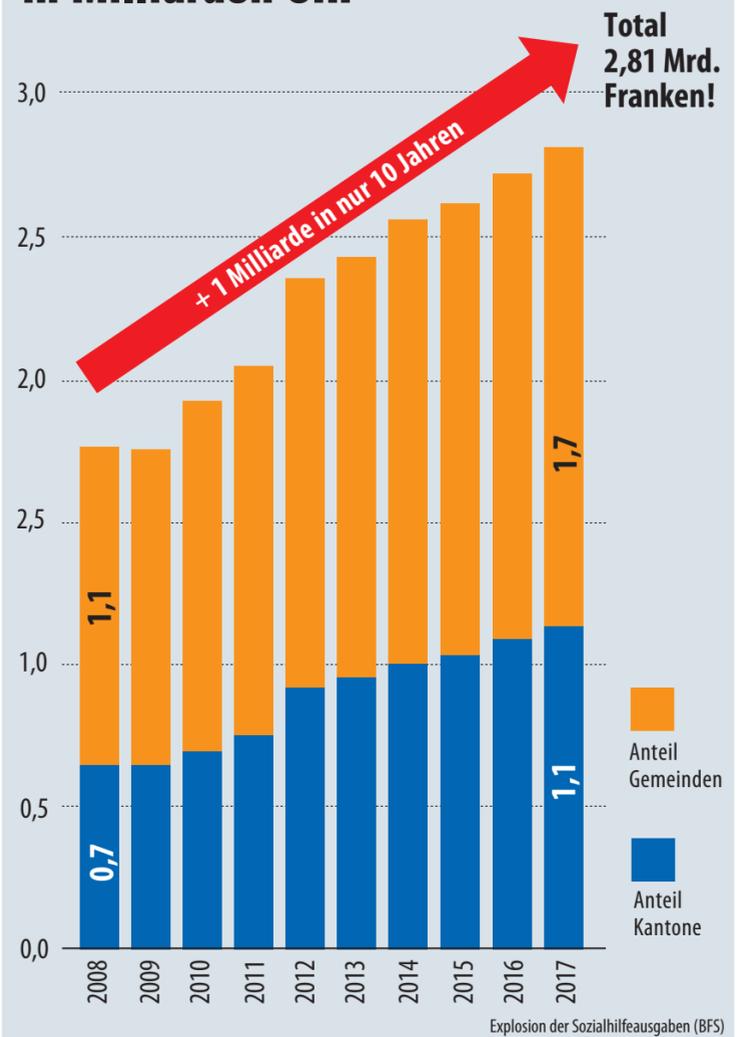
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.

www.svp.ch

SVP wählen!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

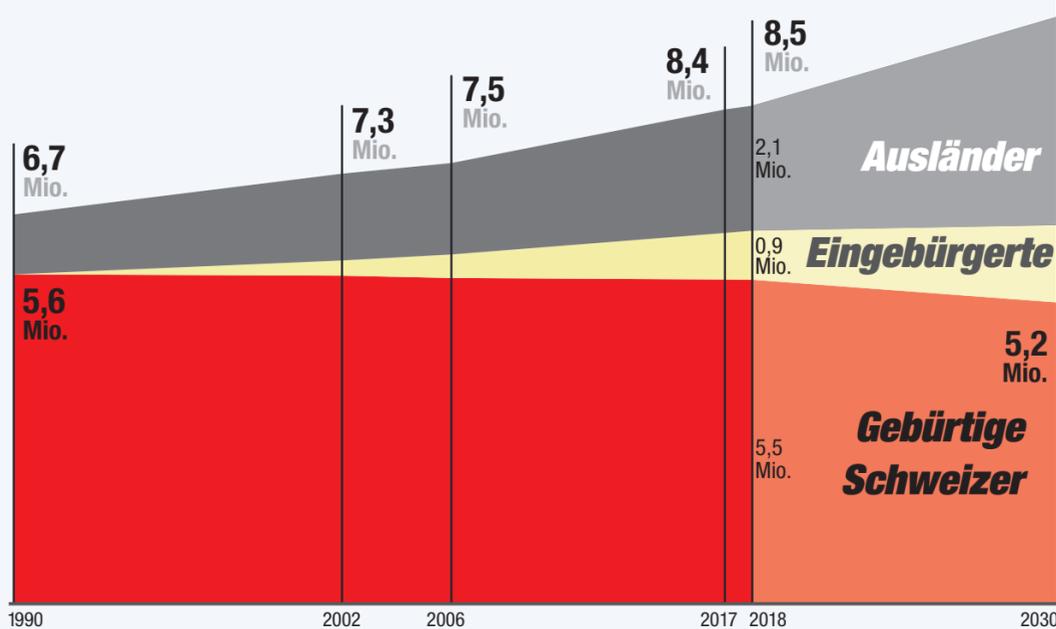
Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz www.svp.ch/wettbewerb Mitmachen und gewinnen!



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
 Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- rund 100'000 = KE
 rund 1'000'000 = PW



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- Mike Shiva = NE
 SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- «Freibier auf sicher» = W
 «Frei und sicher» = H



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- Auf mindestens 10 % = S
 Auf mindestens 15 % = LE



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung‘ des bilateralen Weges?»

- Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
 Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

___ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)

___ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)

- Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch



Die Partei des Mittelstandes

Die Schweiz muss die Grenzen wieder kontrollieren können!
**Nur die SVP hat den Mut,
 es offen zu sagen**



Geschätzte Aargauerinnen, geschätzte Aargauer

Die Globalisierung ist in Kombination mit offenen Grenzen eine Einladung für moderne Völkerwanderungen. Unsere humanitäre Aufgabe ist es, wirklich Gefährdeten zu helfen. Es strömen aber Menschen aus nicht gefährdeten Regionen nach Europa und in die Schweiz, die weder eine Schulbildung vorweisen können, noch unsere Werte teilen – oft aber Hass- und Aggressionspotenzial mitbringen. Sie gefährden unsere Demokratie sowie unseren Sozial- und Rechtsstaat. Die Folge ist: Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich im eigenen Land nicht mehr wohl.

Die SVP schaut nicht tatenlos zu, wie die Identität der Schweiz der Globalisierung geopfert wird. Sie will, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder kontrollieren kann. Und sie kämpft gegen demokatiemüde Linke und bürgerliche Kreise, die aus purem Profitdenken bereit sind, schleichend der EU beizutreten. Neuster Versuch: Institutionelles Rahmenabkommen.

Wählen Sie am 20. Oktober die SVP-Kandidatinnen und -Kandidaten. Sie kämpfen konsequent für den Erhalt unserer Freiheit, für unsere bewährten Werte und für unseren hart erarbeiteten Wohlstand. Beachten Sie bitte die Porträts auf den folgenden Seiten.

- **keine EU-Anbindung, kein Rahmenvertrag, kein EU-Diktat**
- **konsequente Ausländer- und Asylpolitik, keine Islamisierung**
- **keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben**

Nehmen auch Sie Partei für die Schweiz – wählen Sie SVP mit Liste 1.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung
 Ihre SVP AARGAU

In den Ständerat
 Hansjörg
Knecht 



Müllerei-Unternehmer
 Nationalrat seit 2011
www.hansjoerg-knecht.ch

**Sackstark als Politiker
 und Mensch.**

Als Regierungsrat

**Jean-Pierre
 Gallati**



-  **erfahren**
-  **dialogbereit**
-  **führungsstark**

Rechtsanwalt
 Grossrat seit 2009
 Fraktionschef seit 2015
www.gallati.ag

Umweltpolitik

Handeln statt diskutieren und demonstrieren!

Umwelt- und Naturschutz sind wichtig. Auf das Weltklima haben aber selbst milliardenteure «Schweizer Massnahmen» praktisch keinen Einfluss. Die Schweiz produziert nur ein Tausendstel des menschengemachten CO₂-Ausstosses. Gefragt sind wirkungsvolle Massnahmen.

Beispielhaft: Hansjörg Knecht

Wie wirkungsvolle Umweltpolitik in der Praxis aussieht, veranschaulichen die Massnahmen von Mülerei-Unternehmer und Nationalrat Hansjörg Knecht aus Leibstadt: – Seit 15 Jahren freiwilliges Engagement für Klimaschutz und Energieeffizienz bei der Energieagentur der Wirtschaft. Zielvor-

gaben mit Auszeichnung erreicht (Zertifikat).

- Grossinvestition in modernste, energieeffiziente Müllertechnik
- neue energiesparende Elektromotoren
- kontinuierliche Umstellung auf LED-Lampen
- alle Lastwagen nach neusten Abgasnormen Euro 5/6.
- neue Verriegelungssysteme zur Optimierung der Transporte
- Beschaffung von Rohstoffen grundsätzlich in der Schweiz
- Vermeidung von Importen durch Projekte mit Schweizer Bauern, zum Beispiel Anbau von Kürbiskernen etc.
- privates Minergiehaus mit Solartechnik



Regierungsrats-Ersatzwahl

Jean-Pierre Gallati erfüllt die Anforderungen am besten

Die SVP ist bereit, Verantwortung für das Departement Gesundheit und Soziales zu übernehmen. Sie schlägt als neues Regierungsmitglied Jean-Pierre Gallati vor.

Als Grossrat und Mitglied der Gesundheitskommission hat er vertiefte Kenntnisse in den Gesundheitsdossiers. Mit den Verwaltungs- und Regierungsprozessen ist er durch seine frühere

Tätigkeit in der aargauischen Verwaltung vertraut. Zusammen mit seiner grossen Erfahrung aus diversen Gremien in Politik, Wirtschaft und Vereinen sowie seinem Beruf als Rechtsanwalt erfüllt er die Anforderungen bestens. *Beachten Sie bitte sein Porträt auf Seite 15.* Jean-Pierre Gallati ist führungsstark. Er kann das Departement Gesundheit und Soziales stabili-

sieren, die drängenden Projekte vorwärts bringen sowie die nötigen Entscheide fällen und durchsetzen. Er ist dialogbereit und motiviert, als Regierungsmitglied Verantwortung zu übernehmen. **Wir bitten Sie, die Wahl von Jean-Pierre Gallati als Regierungsrat zu unterstützen. Zum Wohl unseres Kantons!**

SVP Aargau



Jean-Pierre Gallati ist Regierungsratskandidat der SVP.

Statt Quotenfrauen ...

Kompetenz und Power – SVP Frauen



Stefanie Heimgartner
Grossrätin
Eidg. dipl. Betriebsleiterin Strassentransport
www.stefanie-heimgartner.ch

Martina Bircher
Grossrätin
Betriebsökonomin
www.martina-bircher.ch



Nicole Müller-Boder
Grossrätin
Fitnessinstruktorin
www.nicole-mueller-boder.ch



Désirée Stutz
Grossrätin
Rechtsanwältin
www.desiree-stutz.ch



Michaela Huser
Grossrätin
Ökonomin
www.michaelahuser.ch



auf Liste 1

Einladung

«SVP bi de Lüt» in Baden, Schlossbergplatz

Samstag, 5. Oktober, ab 10.00 Uhr

Treffen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten bei Wurst und Bier.

Alle sind herzlich willkommen.



SVP Standpunkte

Positionsbezug zu allen Themen

Die SVP hat eine klare politische Haltung. Sie spricht Probleme an und hat Lösungen.

Informieren Sie sich im aktuellen SVP Parteiprogramm.

Es umfasst 130 Seiten. Erhältlich auf www.svp-ag.ch oder auf www.svp.ch.



Sie wollen eine echt bürgerliche Politik unterstützen?

Der Club «Bürgerliche 100» beschafft seit 2001 finanzielle Mittel für die SVP Aargau und bietet seinen Mitgliedern ein hervorragendes Netzwerk.

Werden Sie Mitglied. Über 100 Persönlichkeiten aus Gewerbe, Industrie, Gesellschaft und Politik freuen sich auf Sie.

Kontakt/Auskunft: Sekretariat (Thomas Lüpold), Tel. 062 887 08 71, sekretariat@club100.ch





Hansjörg Knecht

- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita

Ausbildung

- Handelsdiplom Kanti Baden
- Müllereitechnikum St. Gallen
- Diplom für Unternehmensführung SIU

Berufliche Tätigkeit

- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt

Politische Tätigkeit

- seit 2011 Nationalrat
- Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-NR)
- 1996–2012 Grossrat
- Mitglied der Kommission zur Erneuerung der Justiz
- Mitglied der Staatsrechnungskommission – Präsident Subko DVI
- Mitglied der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben
- Präsident der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben
- 1990–1997 Gemeinderat
- 1990–1997 Vorstandsmitglied Planungsverband Zurzibiet

Engagement

- seit 2010 Präsident Hauseigentümerverband Aargau

Hobbys

- Politik, Fussball, Jassen

Mehr auf

- www.hansjoerg-knecht.ch

Das ist mir wichtig

Ich habe keine «Parteiämter» und keine fremden Verwaltungsrats-Mandate. Ich kann unabhängig und sachlich politisieren.



1. August-Ansprache 2019 in Rothrist.



«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Deshalb sehe ich meine Rolle in der Politik als «Knecht»».

Die Voraussetzung für einen starken sozialen Staat ist eine starke Wirtschaft

- In Bundesbern will ich als «verlängerter Arm» der Aargauer Bevölkerung, der Industriebetriebe, der KMU und des Gewerbes wirken.
- Als aktiver Unternehmer und Arbeitgeber trage ich soziale Verantwortung. Ich sehe im täglichen Leben, wie sich Entscheide in Bundesbern für die Bevölkerung und für unsere Unternehmungen auswirken.
- Es ist mir ein Anliegen, dass nicht nur Unternehmerinnen und Unternehmer, sondern alle Menschen grösstmögliche Freiräume haben, um ihren Wohlstand zu erhalten und ihre Ziele zu erreichen. Deshalb setze ich mich generell für tiefe Steuern, Gebühren und Abgaben für alle ein.
- Die Voraussetzung für einen starken und finanzierbaren Sozialstaat ist eine starke Wirtschaft. Deshalb müssen wir unsere Wirtschaft und die KMU von bürokratischen Fesseln befreien und bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen.
- Beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer unseres Kantons, sind auf eine optimale funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Ich kenne die Herausforderungen als Unternehmer (ich bin selber Lastwagenfahrer) sowie als Privatperson. Deshalb unterstütze ich beides, den Ausbau des ÖV sowie des Individualverkehrs.

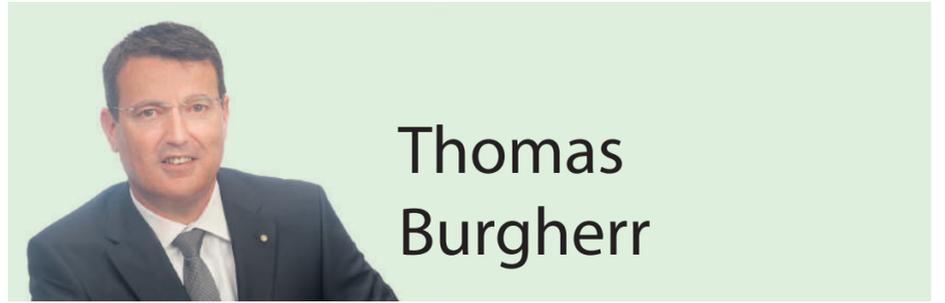
- Für unsere Bevölkerung und unseren Industriekanton ist eine sichere, günstige und vom Ausland unabhängige Stromversorgung wichtig. Deshalb setze ich mich für eine ideologiefreie Energiepolitik ein.
- Als Hersteller des Grundnahrungsmittels Mehl ist für mich eine gesunde Umwelt eine Existenzfrage. Deshalb stehe ich zu einer produzierenden, ökologisch verantwortungsbewussten Landwirtschaft in der Schweiz.
- Die «politische Mühle» in Bundesbern läuft zu wenig effizient. Deshalb unterstütze ich alle Bemühungen, um Unnötiges abzuschaffen und den politischen Betrieb zu vereinfachen.



«Als Hersteller des Grundnahrungsmittels Mehl ist für mich eine gesunde Umwelt nicht Ideologie sondern eine Frage der Existenz.»



Die Knecht Mühle AG, ein unabhängiger Familienbetrieb, ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stundenbetrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 400'000 Menschen produziert.



Thomas Burgherr

- Jahrgang 1962
- wohnhaft in Wiliberg
- 3 Kinder: Mirjam 1994, Mario 1995 und Ladina 2011

Berufliches

- Eidg. dipl. Zimmermeister
- Inhaber der Burgherr Moosersäge AG, Holzbau

Politische Mandate

- 1992 bis 2000 Vizeammann in Wiliberg
- 1997 bis 2015 Grossrat
- seit 2012 Präsident SVP Aargau
- seit 2015 Nationalrat und Mitglied der Staatspolitischen Kommission

Hobbies

- Familie, Geselligkeit mit Freunden
- Natur, Reisen und Lesen

Mehr auf

- www.thomasburgherr.ch



Hinstehen und verantworten: Thomas Burgherr ist Vater, Unternehmer, Nationalrat und seit 2012 Präsident der SVP Aargau.

Engagement für eine sichere und erfolgreiche Schweiz

Wir haben Wohlstand, Stabilität und Sicherheit. Das verdanken wir der direkten Demokratie, unserem Föderalismus und freihändlerischer Wirtschaftsordnung. Mit dem institutionellen Rahmenabkommen geben wir aber genau diese Standortvorteile auf. Wir müssten automatisch EU-Recht übernehmen. Die Bürokratie würde ausgebaut. Das Gericht der Gegenseite würde über Streitigkeiten befinden. Sanktionen und neue Guillotine-Klauseln drohen. Das würde unsere Freiheit unterlaufen und uns schleichend in die EU führen. Dagegen kämpfe ich.

Die Voraussetzung für unseren Wohlstand und für sichere Sozialwerke ist eine gesunde Wirtschaft. Die politischen Grundsätze umschreibe ich wie folgt:

- Ich stehe für die grossen, mittleren und kleinen Unternehmungen ein. Sie sind die Grundlage unseres Wohlstandes.

- Um angesichts der Euroschwäche und der aggressiven Konkurrenz anderer Länder wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen die Steuern und Gebühren in der Schweiz gesenkt werden. Ausserdem kämpfe ich für mehr wirtschaftlichen Freiraum und gegen die urwaldartige Regulierungsflut. Der Vorschriftenchunzel ist zu lichten.
- Die unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung müssen wieder im Mittelpunkt stehen. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben beschränken und diese

dafür effizient lösen. Freiheit und Unternehmertum müssen gestärkt werden.

- Die Standortvorteile unseres Landes sind gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiter sowie unser duales Bildungssystem. Insbesondere zur Berufsbildung müssen wir Sorge tragen.



Mit klaren Meinungen und engagiert.



Mit Tochter Ladina auf dem Vierwaldstättersee.



Als Holzbau-Unternehmer, Zimmermeister und Patron ist Thomas Burgherr auch auf der Baustelle mit den Mitarbeitenden in engem Kontakt.



- Jahrgang 1962
- Oberwil-Lieli
- geschieden
- zwei erwachsene Töchter

Ausbildung

- Ventilationsspengler
- Betriebstechniker TS
- Betriebswirtschaftler HF-NDS

Berufliche Tätigkeit

- Unternehmer

Politische Tätigkeiten

- 1998–2017: Gemeinderat, ab 2006 Gemeindeammann
- 2001–2015: Grossrat, ab 2006 Fraktionspräsident
- seit 2015 Nationalrat, Vizepräsident Staatspolitische Kommission
- seit 2015 Verantwortlicher für Asyl und Migration SVP Schweiz

Verbände

- Präsident SIFA – Sicherheit für alle

Hobbies

- Lesen, Wein, Kochen

Mehr auf

- www.andreas-glarner.ch



Als Unternehmer habe ich schon zwei erfolgreiche Firmen aufgebaut und so viele Arbeitsplätze geschaffen. Die Gründung der dritten Firma steht unmittelbar bevor.

Fremd im eigenen Land!

Die Schweiz löst sich auf wie ein Stück Zucker im Wasser. Bald ist nichts mehr davon sichtbar, was uns einmal ausgemacht hat. Eigenverantwortung, Fleiss, Zuverlässigkeit, Gemeinsinn und Höflichkeit sind sozialer Hängematte, Mittelmass, Laisser-faire, grosser Anspruchsmoralität, einer frei-zeitorientierten Schonhaltung und dem bereits vielerorts üblichen «Was wottsch, Mann?» gewichen. Die Kriminalität hat dank offenen Grenzen und Kuscheljustiz europäisches Niveau erreicht. Geblieben ist uns eine multikulturelle Gesellschaft, durchseucht von Heerscharen von Integrationsbeauftragten, Psychologen, Sozialarbeitern, Jugendarbeitern, Schulsozialarbeitern, Lebensberatern, Kulturanschaffenden und soziokulturellen Animatoren. Die Sozialindustrie und die Linken produzieren sich ihre Jobs gleich selber. Allerdings sind nicht nur die Linken schuld. Die verantwortungs-

lose Haltung der sogenannten Wirtschaftsverbände à la Economiesuisse trägt auch dazu bei. Sie opfern unsere Ordnung und Werte ihren kurzfristigen Profiten. Nur kommen dank der verantwortungslosen Asylpolitik und dem Familiennachzug eben nicht nur Arbeitskräfte, sondern eine grosse Zahl mehrheitlich unterdurchschnittlich gebärfreudiger Einwanderer, welche sich zum grossen Teil am Honigtopf unseres Sozialsystems laben und unsere Schulen an den Rand des Zusammenbruchs bringen.

Wer davor warnt, wird verlacht. Dereinst werden sich unsere Nachkommen wundern, warum wir dies alles zugelassen haben. Ich möchte meinen Enkelkindern nicht sagen müssen, wir hätten die Zerstörung des Erfolgsmodells ohne Gegenwehr zugelassen. Packen wir es an, bevor die Schweiz endgültig vor die Hunde geht. Dafür kämpfe ich in Bern!



Freie Stunden verbringe ich auch gerne in meiner Bibliothek.



- Jahrgang: 1962
- Wohnort: Wildeggen
- verheiratet mit Silvia
- fünf erwachsene Kinder

Ausbildung

- Landw. Lehre
- Eidg. Meisterprüfung

Berufliche Tätigkeiten

- Eidg dipl. Meisterlandwirt
- Pächter Schlossgut Wildeggen
- ÜK-Instruktor
- Experte Landw. Berufsprüfung

Politische Tätigkeiten

- seit 2012 Grossrat
- Mitglied Kommission Volkswirtschaft und Abgaben
- 2006–2012 Gemeinderat/ Vizeammann, Vorstand- und Geschäftsleitungsmitglied Planungsverband Lenzburg Seetal

Verbände

- Präsident Bauernverband Aargau
- Vorstand Schweizer Bauernverband
- Vorstand Mittelland Milch
- Mitglied Verwaltungsrat AZM
- Mitglied Verwaltungsrat Landw. Bau- und Architektur Büro

Hobbies

- Skifahren, Lesen, Geschichte, Politik



Eine marktorientierte, nachhaltige und ressourcenschonende Produktion hat für mich grösste Priorität.

Unabhängigkeit stärkt unsere Wirtschaft, unsere Sozialwerke und unseren hohen Wohlstand

• Unsere gesellschaftlichen und kulturellen Werte verlangen eine Politik, die sparsame, vernünftige und lösungsorientierte Entscheide fällt. Unnötige neue Gesetze und Reformen belasten unsere Staatskasse und verlangen nach mehr Steuern und Gebühren. Nur durch überlegtes und gezieltes Handeln, können wir das Gewerbe, die Industrie und die Landwirtschaft unterstützen, Arbeitsplätze sichern, den Wohlstand erhalten und den Staat weiterbringen.

• Unsere Freiheit und Unabhängigkeit ist mir sehr wichtig. Eine Annäherung oder Beitritt zur EU kommt für mich deshalb nicht in Frage. Wollen wir unseren Wohlstand und unseren Kindern eine gute Zukunft sichern, müssen wir unsere Selbständigkeit bewahren.

• Die heutigen Agrarmärkte verlangen von mir als produzierender Landwirt von Nahrungsmitteln, ein flexibles und innovatives Handeln. Unnötiger, hoher administrativer Aufwand, übertriebene Kontrollen und schwerfällige Entscheide verhindern eine eigenständ-

dige und erfolgreiche Landwirtschaft. Hier will ich mich für die nötigen Reformen einsetzen und tatkräftig an Lösungen mitgestalten, damit unsere bäuerlichen Familienbetriebe auch in Zukunft erfolgreich am Markt produzieren.

• Um in der heutigen Arbeitswelt bestehen zu können, sind wir auf eine gute Schul- und Berufsbildung angewiesen. Deshalb müssen wir an unserem bewährten System festhalten und sinnvolle Änderungen vornehmen.

• Für unsere Wirtschaft und KMU benötigen wir gute und zuverlässige Rahmenbedingungen. Dadurch sichern wir Arbeitsplätze und auch unsere Sozialwerke.

• Unsere Asylpolitik hat in den letzten Jahren versagt. Kriminelle Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge plündern unsere Sozialwerke. Sie haben in der Schweiz nichts verloren. Um die richtigen Flüchtlinge zu schützen und den Asylmissbrauch zu verhindern, müssen wir unsere bestehenden Gesetze endlich umsetzen und wo Handlungsbedarf ist, verbessern.

Das ist mir wichtig

Für mich sind Selbständigkeit, Eigenverantwortung, Freiheit und Zuverlässigkeit Grundwerte, welche respektiert und eingehalten werden müssen.



«Wer sich allzu grün macht, den fressen die Ziegen.»

Johann Wolfgang Von Goethe



«Ich will in Bern die Zügel in die Hand nehmen für die Interessen der Schweiz.»



«Meine "Glücksschweine" für die Wahlen.»



Mit Bundesrat Maurer und Vorstandskollegen vom Schweizer Bauernverband.



Stefanie Heimgartner

- Jahrgang 1987
- in und aus Baden AG
- ledig und kinderlos

Berufliches

- Kauffrau
- Eidg. dipl. Betriebsleiterin Strassentransport

Politisches

- seit 2010 Einwohnerrätin von Baden
- 2016/17 Präsidentin Einwohnererrat Baden
- seit 2012 Grossrätin
- seit 2014 Präsidentin SVP Frauen Aargau

Engagement

- seit 2012 im Vorstand der ASTAG Aargau (aktuell Vizepräsidentin)
- seit 2015 Vorstandsmitglied perspective.ch
- seit 2018 Vorstandsmitglied Verein Lernwerk Turgi
- seit 2019 Stiftungsrätin Kinderheim Brugg

Militär

- 2006/2007 Rekrutenschule als Motorfahrer
- zwischen 2010 und 2014 drei Auslandseinsätze für die Schweizer Armee im Kosovo absolviert

Mehr auf

- www.stefanie-heimgartner.ch

Das ist mir wichtig

Bewegung bringt Erfolg. Sport ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und trägt zur Gesundheit bei. Der Kanton Aargau kann stolz auf sein breites Angebot an Sportmöglichkeiten sein. Dies dient einer sinnvollen Beschäftigung der Bevölkerung. Der Bau von modernen Sportstätten ist zu befürworten.



Skifahren – eine Leidenschaft.



Silvesterfeier in Kolumbien.



«Praxisnah und lösungsorientiert für das Gewerbe und die Verkehrspolitik.»

Der Verkehr – Puls unserer Wirtschaft

Ich setze mich stark für den MIV (Motorisierter Individualverkehr), insbesondere für den Schwerverkehr ein. Durch die starke Bevölkerungszunahme gibt es immer mehr Engpässe auf den Schweizer Strassen und Schienen. Die Bevölkerung ist auf ein zuverlässiges Verkehrsnetz in der Schweiz angewiesen. Schiene und Strasse dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gut aufeinander abgestimmt sein. Der 6-Spuren-Ausbau auf der A1 ist so rasch als möglich voranzutreiben und umzusetzen.

Für eine kompetente Milizarmee

Die Schweiz braucht eine starke Milizarmee! Das Milizsystem bietet für unseren Kleinstaat klare Vorteile. Zum einen kann die Armee von zivilen Ausbildungen profitieren und bietet auf der anderen Seite wertvolle Erfahrungen für zivile Tätigkeiten. Der Hauptvorteil der Milizarmee liegt aber

darin, dass sie nur dann genutzt wird, wenn sie gebraucht wird. So kann im Krisenfall eine maximale Truppenstärke ausgeschöpft werden. Das Milizsystem ist infolge Vernetzung mit der Gesellschaft und Nutzung ziviler Kompetenzen effizienter als andere Konzepte und deshalb zukunftsträchtig.

Für ein Asylwesen mit Weitsicht

Flüchtlingen die an Leib und Leben bedroht werden, muss Sicherheit gewährt werden. Unsere Wirtschaft ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Jedoch muss die Zuwanderung selber kontrolliert werden.

Wer sich nicht an die „Regeln“ hält, soll ausgeschafft werden. IV-, Sozial- und Arbeitslosengeldbezügler sollen nicht mehr eingebürgert werden. Ausländer, welche kriminelle Straftaten begangen haben, sollen unser Land verlassen müssen.



Mit einem Konvoi der Swisscoy im Kosovo.



Aufstieg auf das Kistenstöckli.



Clemens Hochreuter

- Jahrgang 1980
- wohnhaft in Erlinsbach
- verheiratet mit Manuela, zwei Söhne: Andrin und David

Berufliches

- Betriebsökonom, stv. Geschäftsführer

Militär

- Major im Generalstab (Maj i Gst) im Milizstab des Lehrverbands Fliegerabwehr

Politische Tätigkeit

- 2004–2009 Einwohnerrat der Stadt Aarau
- 2005–2009 Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Aarau
- 2006–2013 Ortsbürgerkommission Aarau
- seit 2009 Grossrat und Mitglied in der Kommission Gesundheit und Sozialwesen,
- seit 2012 Fraktionsvorstand der SVP Aargau
- seit 2013 Vizepräsident der SVP Aargau und Mitglied der Geschäftsleitung

Politische Schwerpunkte

- Gesundheits- und Sozialpolitik
- Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Sicherheitspolitik

Hobbies

- Skifahren, Wandern, Schwimmen und Lesen

Mehr auf

- www.clemenshochreuter.ch

Kurz gefragt

Dein Lieblingszitat?
«Es gibt nichts Gutes, ausser man tut es!»

Erich Kästner's Plädoyer für mehr Zivilcourage

Welcher Politiker beeindruckt dich?
Winston Churchill, Staatsmann

Deine politischen Lieblingsgegner?
Unentschlossene Wischiwaschianer

Grösster politischer Wunsch?
Weniger Duckmäusertum

Was nervt in der Politik?
Wenn mehr «gelafert» als geliefert wird.

Dein Wahlmotto?
Für eine gesunde Schweiz!



«Die Familie gibt mir viel Kraft und Rückhalt.»

Für eine gesunde Schweiz!

Für ein bezahlbares Gesundheitswesen

Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten, aber auch teuersten der Welt. Durch die Alterung der Bevölkerung, die Bevölkerungszunahme und den medizinischen Fortschritt steigen die Kosten schwindelerregend. Dieses Kostenwachstum verbunden mit einer wuchernden Bürokratie muss gebremst werden. Dies geschieht zum Beispiel mit einer Beschränkung im Grundleistungskatalog und vernünftig dimensionierten Spitalbauten. Weiter müssen die bestehenden Fehlanreize in der Finanzierung ambulanter und stationärer Behandlungen mittels einer einheitlichen Finanzierung (EFAS) beseitigt werden.

Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik

Die Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine lockere und nachlässige Politik, welche von ewigen Friedenszeiten träumte, führte dazu, dass unser Land heute eine hohe Kriminalität und eine mangelhaft gerüstete Armee hat. Als Generalstabsoffizier (Maj i Gst) setze ich mich aktiv für eine glaubwürdige und starke Armee für die Sicherheit unseres Landes ein. Leider wurde die Armee in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt. So darf es nicht weitergehen! Die Armee ist endlich wieder

vollständig auszurüsten und die Erneuerung der schweren Waffen und Geräte ist voranzutreiben. Ein besonderes Augenmerk gilt es auf die Luftwaffe zu richten. Die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges und die Erneuerung der bodengestützten Luftverteidigung (Fliegerabwehr) ist rasch umzusetzen.

Für eine starke Wirtschaft

Der Kanton Aargau ist ein Eckpfeiler und ein wichtiger Werkplatz in der Schweiz. Die gute Entwicklung in den letzten Jahren soll anhalten. Die kleinen und mittleren Unternehmen KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Als Geschäftsleitungsmitglied eines KMU setze ich mich aktiv ein für weniger Auflagen, Vorschriften und Bürokratie für Unternehmen. Gerade heute in Zeiten allgemeiner Verunsicherung in der Wirtschaft und weltweit zunehmender politischer Spannungen dürfen Standortvorteile des Kantons nicht verspielt werden. Die Unternehmen der Region brauchen gute Rahmenbedingungen, um zuversichtlich die Zukunft zu gestalten und weiterhin viele, interessante Arbeitsplätze anzubieten. In Bund und Kanton müssen wir mit tiefen Steuern, Gebühren und Abgaben sowie einem Schuldenabbau bei der öffentlichen Hand für attraktive Rahmenbedingungen sorgen.



«Nach 5 Jahren im Einwohnerrat und 10 Jahren im Grossrat habe ich den politischen Rucksack für Bundesbern gefüllt!»



«Als Geschäftsleitungsmitglied eines Unternehmens setze ich mich für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein.»



«Wir müssen Sorge tragen zu unserer vielseitigen Schweizer Landschaft.»



Nicole Müller-Boder

- in einer Partnerschaft lebend,
- Mutter zweier Töchter
- wohnhaft in Buttwil

Ausbildung

- kaufm. Ausbildung Treuhänder
- Fitnessinstructorin SAFS

Beruf

- Fitnessinstructorin

Engagement

- seit 2017 Grossrätin, Mitglied Kommission Sik,
- seit 2013 Präsidentin SVP Bezirk Muri,
- seit 2019 Vizepräsidentin Sifa Schweiz
- seit 1998 Mitglied SVP Schweiz
- Delegierte SVP Schweiz

Hobbies

- Ausdauerläufe, Bergwanderungen, allg. Sport

Mehr auf

- www.nicole-mueller-boder.ch

Das ist mir wichtig

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Um mich um meine Kinder kümmern zu können, gab ich meine damalige kaufm. Arbeitsstelle im Treuhandbereich auf und blieb die ersten Jahre zu Hause. Ich habe diesen Schritt nie bereut.



Ich habe mein Hobby zum Beruf gemacht. Während meiner Tätigkeit als Mutter habe ich mich weitergebildet und arbeite heute als Fitnesstrainerin.



«Sind Ihnen unsere bewährten Schweizer Werte wie Ordnung, Anstand, Fleiss und Eigenverantwortung wichtig und möchten Sie diese erhalten?»

Die Eltern sind zuständig für ihre Kinder – nicht der Staat

Heute haben wir den Trend, Kinder in die Welt zu setzen, sie aber danach dem Staat zu überlassen. Kinder aber benötigen Geborgenheit, Sicherheit und viel Liebe. Wo bekommen sie dies mehr als im eigenen Elternhaus? Die Familienarbeit erachte ich als sehr wichtig. Sie muss gestärkt werden. Es braucht mehr Anerkennung gegenüber Eltern, welche sich der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder selbst widmen.

Weniger Therapiesäle und wieder mehr Schulzimmer

Die heutige Schulindustrie befremdet mich. Schulzimmer werden zu Therapiesälen umfunktionierte; Kinder werden mit 4 Jahren bereits in ein Schema gepresst. Ich bin gegen immer mehr ‚Experten‘ in den Schulräumen und für mehr gesunden Menschenverstand.

Unsere Sicherheit nicht gefährden

Ich bin für härtere Strafen für Kriminelle und gegen Kuschejustiz. Vor allem aber fordere ich wieder mehr Akzeptanz und Respekt gegenüber der Polizei. Angriffe gegenüber der Staatsgewalt müssen hart geahndet werden. Allgemein

gilt: Weniger Täter- und mehr Opferschutz! Dank unserer verfehlten linken Einwanderungspolitik sind Messerstechereien, Sexualdelikte, etc. heute an der Tagesordnung. Auch vor einem möglichen Terroranschlag ist die Schweiz nicht gefeit. Hier gilt es, für ‚Gefährder‘ den sofortigen Landesverweis auszusprechen und sämtliche Moscheen zu überwachen.

Keine Beugung vor dem Islam

Es kann nicht sein, dass sich unsere Schulen nach muslimischen Feiertagen richten müssen oder kein Schweinefleisch mehr an Schulfeiern angeboten werden darf. Die Schweiz ist ein christliches Land, und wer bei uns leben will, hat sich unseren Regeln und unserer Tradition anzupassen. Nicht umgekehrt!

Weniger Asylkosten – mehr für die AHV

Während wir jedes Jahr mehr für ‚Gäste‘ ausgeben, bleibt immer weniger für unsere Rentner/innen. Wir müssen zuerst zu unserem Volk schauen, denn das ist es, das uns den Wohlstand beschert. Ich bin deswegen für eine Umlagerung von Asylkosten in die AHV.



Ziele erreichen braucht Durchhaltewillen – im Sport und in der Politik.



Désirée Stutz

- Jahrgang 1981
- wohnhaft in Möhlin
- verheiratet mit Stephan

Ausbildung

- Studien in St. Gallen und Wien, Abschluss M.A. HSG in Law

Berufliche Tätigkeit

- Selbständige Rechtsanwältin
- Dozentin im Lehrgang «Zertifizierte/r Verwaltungsrätin/ Verwaltungsrat SAQ»

Politische Tätigkeit

- seit 2017 Grossrätin, Mitglied der Kommission für Justiz und der Subkommission Begnadigungen
- seit 2009 Vorstandsmitglied der SVP Möhlin, seit 2014 Präsidentin
- von 2006–2010 und seit 2014 Vorstandsmitglied SVP Bezirk Rheinfelden, seit 2018 Präsidentin
- seit 2010 Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission Möhlin, seit 2016 Präsidentin

Engagement

- seit 2019 Vorstandsmitglied Förderverein Uni Basel

Hobbies

- Reisen und fremde Kulturen kennenlernen, Kochen und Backen sowie kreative Tätigkeiten aller Art

Mehr auf

- www.desiree-stutz.ch

Das ist mir wichtig

Gradlinig – auch bei Gegenwind. Ich setze mich für die Anliegen meiner WählerInnen ein und bleibe auch bei Themen standfest, für die man sich aus Sicht gewisser Personengruppen nicht einsetzen darf.



«Hart in der Sache, fair im Umgang – in der Politik ist es wichtig, überparteilich zusammenzuarbeiten, damit wichtige Ziele erreicht werden können.»



«Mit Leidenschaft setze ich mich für die Interessen meiner Klientinnen und Klienten ein. Diese Erfahrungen nutze ich auch in der Politik, wo ich mich für die Interessen meiner Wählerinnen und Wähler einsetze.»

Eine unabhängige und souveräne Schweiz ist der Garant für eine starke Wirtschaft

In Bundesbern werde ich mich dafür einsetzen, dass die Schweiz weiterhin ein unabhängiges und selbstbestimmtes Land bleibt. Nur so können wir sicherstellen, dass der Souverän – das Volk – auch künftig noch mitreden kann. Die direkte Demokratie hat uns stark gemacht, sie ist auch Garant für eine starke Wirtschaft. Der Erhalt der direkten Demokratie ist ein wichtiges Anliegen, wofür ich mich in Bern einsetzen werde.

Als selbständige Unternehmerin kenne ich das Problem des Gewerbes: Statt dass man produktiv tätig sein kann, muss man sich je länger je mehr mit der Bürokratie herumschlagen – die bürokratischen Hürden nehmen stetig zu und in der täglichen Arbeit wird man behindert. In Bern werde ich mich dafür einsetzen, dass die überbordende Bürokratie gestoppt wird. Ebenfalls muss der Staat wieder verschlankt und die Prozesse vereinfacht werden.

Als Anwältin ist es mir wichtig, dass nicht ständig neue Gesetze geschaffen und die Handlungsfreiheit des Unternehmertums immer weiter eingeschränkt werden. Insbesondere ist es mir ein Anliegen, dass Gesetze für alle Bürger verständlich sind – aus diesem Grund lehne ich auch die Übernahme von neuem EU-Recht und die ständige Anpassung der Schweiz an das EU-Recht klar ab.

Dank meiner Erfahrung als Staatsanwältin und nun als selbständige Anwältin weiss ich, was alles in unserem Land passiert – das mag man sich als Normalbürger kaum mehr vorstellen. Gerade auch die Zuwanderung fremder Kulturen hat dazu geführt, dass Konflikte gewaltbereiter gelöst werden. Besonders bei Jugendlichen nimmt die Gewaltbereitschaft sowie die Schwere der Delikte zu. Viele dieser Straftaten werden von ausländischen Staatsangehörigen begangen. In Bern werde ich mich konsequent dafür einsetzen, dass die Straftäter, welche sich nicht an unsere Gesetze halten und unser Gastrecht mit Füßen treten, konsequent des Landes verwiesen werden. Der Schweizer Bürger muss sich in der Schweiz wieder zu Hause und sicher fühlen.



«Ich packe auch heissere Eisen an.»



«In unserer schönen Natur erhole ich mich vom stressigen Alltag. Ich schätze die Natur, zu der wir Sorge tragen müssen.»



**Martina
Bircher**

- Jahrgang 1984
- wohnhaft in Aarburg, 1 Sohn (2018)

Ausbildung

- Betriebsökonomin FH
- CAS in Prozessmanagement
- Kaufm. Berufsmaturität
- Kaufm. Angestellte

Berufliche Tätigkeit

- HR Fachspezialistin bei der Post CH AG in Bern

Politische Tätigkeit

- seit 2019 Mitglied der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen SVP Schweiz
- seit 2017 Grossrätin Kanton Aargau
- seit 2017 Mitglied der Kommission Gesundheit und Soziales
- seit 2017 Mitglied regierungsrätliche Kommission Migration
- seit 2016 Vorsitzende Steuerungskommission «Asylwesen – Regionale Zusammenarbeit» zofingenregio
- seit 2015 Mitglied der Asyl- und Ausländerkommission SVP Schweiz
- seit 2015 Mitglied überparteiliches Komitee Sozialhilfe
- seit 2014 Mitglied der Steuerungskommission Gesundheit zofingenregio
- seit 2014 Gemeinderätin, 2018 Vizeamann in Aarburg

Engagement

- Vorstandsmitglied der SVP Frauen Aargau
- Vorstandsmitglied PIKOM, parteiunabhängiges Informationskomitee
- Ehrenmitglied SVP Spanien
- Stiftungsrätin ags Aargauer Suchthilfe

Hobby

- Tanzen

Mehr auf www.martina-bircher.ch

Mein Leistungsausweis

- SKOS-Austritt der Gemeinde Aarburg
- Sozialhilfe nach Anzahl Steuerjahre
- Sozialhilfe für motivierte Personen
- Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern im Werkhof und Forst
- Ausschaffung / Verwarnungen von ausländischen Sozialhilfeempfängern
- Spitexkosten halbiert – spricht über 250'000 Franken pro Jahr
- Abschaffung Schreiben nach Gehör
- Einführung KESB Statistik
- Strategische Überprüfung des Jugendheims durch den Kanton
- u.v.m.



Bei der SVP in Spanien.



Die Praktikerin mit Leistungsausweis – Theoretiker hat es genug!

STOPP Einwanderung in unsere Sozialwerke

Jeder 5. Sozialhilfeempfänger ist Afrikaner. Das heisst, in den letzten 12 Jahren gibt es über 700% mehr afrikanische Sozialhilfeempfänger aufgrund unserer verfehlten Asylpolitik. Daher sage ich **STOPP zur Einwanderung in unsere Sozialwerke!**

Das sich an der Zuwanderung vor allem die Sozialindustrie eine goldene Nase verdient liegt auf der Hand. In Aarburg sind bereits über 10% der Eritreer verbeiständet. Sprich dort entscheidet nicht die Gemeinde sondern der Beistand respektive die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Je nach Fall heisst das, Familienbegleitung für 130 Franken pro Stunde um zum Beispiel zu erklären, dass die Kinder ein Znüni für die Schule brauchen. Oder kommt es zu einer Fremdplatzierung von

Mutter und deren Kinder, zahlt der Steuerzahler locker 25'000 Franken pro Monat! **Daher sage ich STOPP zur Sozialindustrie!**

Und dann bezahlen wir jedes Jahr mehr Krankenkassenprämien. Sparen sei nicht möglich, man solle sich halt damit abfinden, dass die Prämien jährlich ansteigen. Stimmt nicht – auch in der Gesundheitsindustrie wäre es möglich zu sparen. In Aarburg konnte ich die Spitex Kosten um über 50% senken und das sogar bei besserer Qualität. Doch auch hier verdient die Branche viel zu viel unter dem Deckmantel Gesundheit! Ich sage **STOPP zur Gesundheitsindustrie!**

Schicken Sie daher mich als Praktikerin mit Leistungsausweis nach Bern – Theoretiker hat es genug!



Seit 2017 im Grossen Rat.



An erster Stelle kommt die Familie.



Anpacken an der Front.



**Jean-Pierre
Gallati**

- Jahrgang 1966
- Wohlen
- verheiratet, eine erwachsene Tochter

Ausbildung/Weiterbildung

- 1986 Matura Typus A (Alte Kantonsschule Aarau)
- 1993 lic. iur. (Universität Zürich)
- 1994 Anwaltspatent (Kt. Aargau)

Aktuelle berufliche Tätigkeit

- Selbständiger Rechtsanwalt in Berikon seit 1999
- Schwerpunkte: Öffentliches und privates Baurecht, Vertragsrecht und Erbrecht
- diverse VR-Mandate im KMU-Bereich

Meine Engagements

- seit 2003 Präsident Aktion Freiheit und Verantwortung, Zürich
- 2004–2012 Präsident SVP Wohlen-Anglikon
- 2006–2015 Einwohnerrat der Gemeinde Wohlen
- seit 2009 Grossrat
- seit 2015 Fraktionschef

Meine Erfahrungen

- seit 1994 Rechtsanwalt
- 1995–1998 Mitarbeiter Baudepartement Aargau
- 1994–2001 Kommandant Grenadierkompanie 24
- 2002–2016 Armeestab (Major)
- 2004–2015 Präsident Rekurskommission Aarg. Fussballverband
- 2009–2015 (St.) Mitglied Kommission Volkswirtschaft und Abgaben (VWA)
- seit 2017 Mitglied Kommission Gesundheit und Soziales (GSW)

Politische Schwerpunkte

- Für privates Engagement und gegen staatliche Bevormundung
- Freiheit und Leistung statt Umverteilung
- Stärkung der Eigenverantwortung
- weniger Steuern und Abgaben

Hobbies

- Lesen, Geschichte, Fussball

Mehr auf

- www.gallati.ag

Das ist mir wichtig

- **Unabhängigkeit in Denken und Handeln**
- **korrekter und sparsamer Umgang mit Steuergeldern**
- **effizientes Gesundheitswesen**
- **Kostenbremse**



Bauprojekte begleiten und entwickeln nach dem Motto «Schützen und Nützen.»

Gesundheitspolitik

- Ich wünsche mir eine spürbare Senkung der Gesundheitskosten und der Krankenkassenprämien.
- Für alle Spitäler, welche mit Steuergeldern und KVG-Prämien finanziert werden: Mengenbegrenzung und Kostenkontrolle sowie Abschaffung von Phantasie-Löhnen.
- Verkräftbare Anhebung der Franchise.
- Heimatschutz für Medikamentenpreise aufheben.

Steuerpolitik

- Die Steuern sind wo immer möglich zu senken.
- Die Bürger sollen möglichst viel verdientes Geld für den eigenen Gebrauch behalten.
- Private Investitionen sind besser als staatliche Umverteilung.

Nutzung des Bodens

- Das Bauland ist möglichst dicht zu nutzen; in grossen Gemeinden ist auch in die Höhe zu bauen.
- Wertvolle Objekte und Landschaften wie Hallwilersee und Reussebene sind wirkungsvoll zu schützen und vor Verschandelung zu bewahren.



Im Gespräch mit einem Sportjournalisten.



Benjamin Giezendanner

- Jahrgang 1982
- wohnhaft in Rothrist
- verheiratet mit Jasmine
- Vater von zwei Töchtern (vier- und einjährig)

Berufliche Tätigkeit

- Unternehmer, Mitinhaber und Geschäftsführer der Giezendanner Transport AG mit 200 Mitarbeitenden

Militär

- Offizier, kantonaler Territorialverbindungsstab

Politische Tätigkeit

- 2017 Grossratspräsident
- seit 2010 Grossrat des Kantons Aargau
- Mitglied Oberst Künzli-Gesellschaft (seit 2018)
- Vizepräsident Aargauischen Gewerbeverbands (seit Mai 2018)
- Stiftungsrat der Aargauischen Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft (seit 2015)

Hobbies

- Familie, Mountainbike, Wandern, Geschichte

Mehr auf

- www.benjamin-giezendanner.ch

Das ist mir wichtig

Klare Haltung, Zielstrebigkeit und Ausdauer gehören zur ehrlich gemeinten politischen Arbeit. Dafür kämpfe ich. Unterschiedliche Meinungen sind zu respektieren. Die Menschen und die Umwelt sind mir wichtig und nur gemeinsam können gute Lösungen gefunden werden. Unsere gut funktionierende und erfolgreiche Wirtschaft ist die Basis für Wohlstand und gesunde Sozialwerke. Dafür müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Visionen, Entwicklungen und deren Umsetzung einfach gestalten. Deshalb braucht es Unternehmer in der Politik und dafür stelle ich mich zur Wahl in den Nationalrat zur Verfügung.



Als CEO und Mitinhaber der Giezendanner Transport AG trägt Benjamin Giezendanner auch Verantwortung für über 200 Mitarbeitende.

Verantwortung für Menschen und Umwelt übernehmen

Meine Motivation als Familienvater, Unternehmer und Politiker liegt darin, dass man grosse Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt trägt und gemeinsam ein Ziel erreichen will. Wer gewohnt ist Verantwortung zu tragen, lernt für seine Entscheidungen an die Menschen und demzufolge auch an die Politik haben zugenommen und sich verändert. Die Schweiz hat sich in den letzten Jahrzehnten Wohlstand und Sicherheit erarbeitet. Die direkte Demokratie, die freie Wirtschaftsordnung und die Stabilität sind dafür verantwortlich. Dazu müssen wir Sorge tragen. **Meine politischen Forderungen sind deshalb:**

Verkehr

Das Gleichgewicht zwischen öffentlichem und individuellem Verkehr ist bei steigendem Mobilitätsbedürfnis unabdingbar. Der Ausbau der Infrastruktur ist mit den verfügbaren Mitteln zügig voranzutreiben.

Wirtschaft

Wirtschaftsförderung basiert auf altbewährten Rezepten wie einer moderaten Steuerpolitik für Familien, den Mittelstand sowie kleine und mittlere Unternehmen. Die horrenden Gebührenflut ist zu beenden und der Erfindergeist der Bevölkerung zu fördern.

Sicherheit

Als aktiver Offizier stehe ich hinter einer glaubwürdigen und starken Armee, welche die Sicherheit unseres Landes garantiert. Das Mi-

lizsystem ist die wichtigste Säule unserer Armee und gewährleistet, dass ziviles Knowhow in unsere Sicherheitsarchitektur miteinfliesst.

Bildung

Ein qualitativ hochstehendes, effizientes und leistungsorientiertes Bildungswesen ist wichtig und bildet die Grundlage für Entwicklung und Wohlstand der Schweiz. Wir sollten ein bewährtes Schulsystem nicht einfach revolutionieren, ohne uns dessen Folgen bewusst zu sein.

Asylwesen

Die Schweiz hat eine Tradition als humanitärer Staat. Die Politik muss aber anerkennen, dass wir uns einen bedingungslosen Zustrom nicht leisten können. Flüchtlinge sollen bis zu ihrem Bleibe- oder Rückreiseentscheid durch eigene Landsleute oder praktische Ausbilder in verschiedenen Fertigkeiten eingearbeitet werden.



Grossratspräsident 2017.



Zuhören, mitwirken, gestalten.



Sehen, was in der Natur passiert.



Christian Glur

- Jahrgang 1975
- wohnhaft in Glashütten
- verheiratet mit Ramona
- zwei Kinder, Patrick und Anja

Ausbildung

- Landmaschinenmechaniker
- Transportoffizier G Bat 6 der Schweizer Armee
- Landwirtschaftliche Ausbildung (Betriebsleiterschule und Meisterlandwirt)

Berufliche Tätigkeit

- Eigentümer und Betriebsleiter Glurhof, Glashütten seit 2009
- Meisterlandwirt

Politische Tätigkeit

- seit 2009 Mitglied des Grossen Rates
- Mitglied der Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung
- Präsident SVP des Bezirks Zofingen
- Fraktionsvorstand SVP Aargau

Engagement

- Präsident der Schulkommission für das Landwirtschaftliche Zentrum Liebegg
- Prüfungsexperte für die Berufe Landwirt/in
- Präsident Swiss Beef Mittelland
- Mitglied des Stiftungsrates Pflegeheim Sennhof

Hobbies

- Musik, Jassen, Skifahren, Fachliteratur

Mehr auf

- www.glur-christian.ch

Das ist mir wichtig

Ich stehe ein für eine gesicherte, lebenswerte Zukunft für uns in einer freien, unabhängigen Schweiz!



Sichere Ausbildung

Als Berufsbildner und Präsident des landwirtschaftlichen Zentrums Liebegg stehe ich ein für gute Schulen und das duale Bildungssystem, damit Sie und wir alle auch in Zukunft mit Sicherheit top ausgebildete Berufslleute haben.

Mit Glur auf sicherer Spur



Gesicherte Zukunft für unsere Familien

Als Vater zweier Kinder setze ich mich für ein leistungsorientiertes Bildungssystem und eine sichere, zukunftsgerichtete Familienpolitik ein!



Sicherheit für uns und unsere KMU und Bauern

Als Grossrat setze ich mich dafür ein, dass Ihre und unsere Landwirtschafts- und Gewerbebetriebe im Kanton Aargau beste Rahmenbedingungen erhalten und somit mit Sicherheit in die Zukunft investieren können, damit die Arbeitslosigkeit tief bleibt.



Sicherheit und Würde im Alter

Als Stiftungsrat des Pflegeheims Sennhof stehe ich ein für eine zahlbare Gesundheits- und Pflegepolitik, eine gesicherte Altersvorsorge, welche Ihnen und uns allen auch im hohen Alter die nötige Sicherheit gibt.



Familie Giezendanner mit Benjamin, Ehefrau Jasmine und den beiden Töchtern Sophia (l.) und Helena.



Christoph Hagenbuch

- Jahrgang 1985
- wohnhaft in Oberlunkhofen
- in langjähriger Partnerschaft, Familienvater

Ausbildung

- Master ETH in Agronomie
- Studienaufenthalte in Holland und Australien
- Arbeitsaufenthalte in Russland

Berufliche Tätigkeit

- Landwirt, Betriebsleiter
- Berater Betriebswirtschaft

Politische Tätigkeit

- seit 2017 Grossrat
- seit 2017 Mitglied der Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen KAPP

Engagement

- Vizepräsident Bauernverband Aargau
- Feuerwehrsoldat in der Feuerwehr Oberlunkhofen-Jonen
- Stiftungsrat Ortsbürgerstiftung Oberlunkhofen
- Stiftungsrat ETUNA (Zusammenschluss mehrerer Kinderheime im Kanton Aargau)

Hobbies

- Musik (Saxophon spielen)
- Jassen
- Skifahren

Mehr auf

- www.christoph-hagenbuch.ch

Das ist mir wichtig

Meine Überzeugung richte ich nicht nach der politischen Windrichtung oder nach der zu erwartenden Mehrheitsmeinung aus. Ich politisiere unabhängig und lösungsorientiert. Eigenverantwortung und Unternehmergeist sind für mich zentrale Stützen für unsere Freiheit und den langfristigen Wohlstand. Mein Denken und Handeln richte ich danach aus – im Beruf und in der Politik.



Beim Musizieren und im Kreis der Familie entspanne ich mich und tanke Energie für meinen Beruf, die sozialen Engagements und für die Politik.



Wir entwickeln unseren Familienbetrieb stetig weiter und produzieren tierfreundlich und umweltschonend hochwertige Nahrungsmittel. Innovative Produkte helfen uns, die Abhängigkeit vom Staat zu minimieren.

Probleme lösen, nicht bewirtschaften!

Weil mir die Schweiz mit ihren Menschen am Herzen liegt, werde ich mich mit Ihrer Unterstützung in Bern für die folgenden Ziele einsetzen:

Für eine gesunde Umwelt und eine nachhaltig produzierende Land- und Forstwirtschaft

Die ökologische Produktion von gesunden Nahrungsmitteln in der Schweiz dient uns allen. Unnötige administrative Auflagen sind zu Gunsten einer konkurrenzfähigen, vielfältigen, nachhaltigen und naturnahen Landwirtschaft abzubauen. Die Umwelt ist zu schonen und zu schützen – für uns und unsere Nachkommen.

Für tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren

Steuererhöhungen als Mittel zur Deckung von steigenden Ausgaben befriedigen mich nicht. Denn jeder eingetriebene Steuerfranken schwächt die Kaufkraft der Privat-



Bauern denken in Generationen und nicht in Legislaturen! Das kommt der Gesellschaft durch langfristig sinnvolle Entscheide zu Gute.



In der Politik braucht man Weitsicht und muss den Durchblick behalten. Beides liegt mir, dank strukturierter Problemanalyse und praktischem, zielorientierten Handeln.

haushalte und Unternehmen und schadet so dem Wirtschaftsstandort Schweiz.

Für eine gesunde, effiziente und schlanke Verwaltung und für weniger Gesetze und Vorschriften

Täglich neue Gesetze schränken die persönliche und unternehmerische Freiheit immer mehr ein. Das mindert die Selbstverantwortung, den Wohnstand und die Lebensqualität aller Bürger.

Für Solidarität mit den Schwachen und gegen den ausufernden Sozialstaat

Ich stehe ein für einen Sozialstaat der die Tüchtigen und nicht die Faulen belohnt. Sozialhilfe darf nicht mehr als Arbeit einbringen. Für die wirklich Benachteiligten engagiere ich mich mit Überzeugung auch ausserhalb der Politik.

In Bundesbern gibt es immer mehr Selbstdarsteller und -vermarkter. Probleme werden hin und her geschoben und nicht gelöst, sondern nur endlos diskutiert. Die Politik entfernt sich zudem immer mehr vom Volk mit seinen alltäglichen Sorgen. Vorschriften und Vorgaben schränken die Freiheit des Bürgers immer mehr ein. Zudem steht je länger je mehr die Paragrafentreue und nicht die einfache, praktische Lösung im Zentrum. Darunter leiden ja die Anderen, sprich die einfachen Bürger. Diesen Tendenzen möchte ich entgegenzutreten. Mit Ihrer Unterstützung werde ich in Bern Probleme lösen und nicht bewirtschaften.



Michaela Huser

- Jahrgang 1987
- von und aus Wettingen

Ausbildung und berufliche Tätigkeit

- Ökonomin/ Ressortleiterin bei einer Schweizer Versicherung
- Verwaltungsrätin Huser Gebäudetechnik AG
- Master in Volks- und Betriebswirtschaft Universität Bern
- Kantonsschule Wettingen

Politische Erfahrungen und weitere Engagements

- Grossrätin
- Einwohnerrätin und Fraktionspräsidentin Wettingen
- Vorstand SVP Bezirk Baden
- Vorstand HEV Baden Brugg Zurzach
- Vorstand Kaufmännischer Verband Aargau Ost

Hobbies

- Wandern, Skifahren, Lesen, Zeit mit Familie und Freunden verbringen

Mehr auf:

- www.michaelahuser.ch
- facebook.com/michaelahuser
- Instagram: @michaelahuser
- Twitter: @michaelahuser

Das ist mir wichtig

Mit Überzeugung, Ausdauer und Unternehmerblut will ich mich als Nationalrätin für eine starke Schweiz und eine konsequente bürgerliche Politik für unsere Schweizer Bevölkerung einsetzen – herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



Mit Ausdauer: Politik braucht Ausdauer – diese trainiere ich im Sommer am liebsten beim Erklimmen von Gipfeln ...



... und im Winter auf den Ski!



Mit Unternehmerblut: Verwurzelt im Gewerbe will ich mich in Bern für mehr unternehmerischen Freiraum und ...

Für unsere KMU und eine starke Wirtschaft

Verwurzelt im lokalen Gewerbe und als Ökonomin tätig bei einer Versicherung kenne ich die Herausforderungen unserer KMU und der Wirtschaft aus der Praxis. Ich will mich auch in Bern für gewerbefreundliche Rahmenbedingungen und einen attraktiven Werkplatz Schweiz einsetzen – zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand.

Für direkte Demokratie, Unabhängigkeit und unser Milizsystem

Selbstbestimmung, Föderalismus und die weltweit einmaligen Volksrechte bilden die Grundlage, dass es der Schweiz heute so gut geht. Dieses System gilt es zu bewahren.

Für mehr Eigenverantwortung und einen schlanken Staat!

Nicht noch mehr Gesetze und Vorschriften, sondern ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert – das ist mein Credo! Mit Blick auf die weiter zunehmende Bürokratie und die Einmischung staatsnaher Unternehmen in den

privaten Markt ist es wichtig, dass in Bern wieder Milizpolitiker mit Erfahrung in Gewerbe und Wirtschaft agieren – die wissen von was sie sprechen.

Vorausschauende Bildungspolitik

Unser einzigartiges duales Bildungssystem ist ein wichtiger Standortvorteil der Schweiz. Ihm gilt es Sorge zu tragen! Eine vorausschauende Bildungspolitik ist mir wichtig. Geld alleine schafft jedoch noch keine gute Bildung, bessere Forschung oder Innovation. Es ist wichtig, dass das Geld nicht einfach in der Bildungsbürokratie versickert, sondern effizient eingesetzt wird.

Für eine sichere Altersvorsorge

Die Altersvorsorge steht auf dem Sorgenbarometer von Herrn und Frau Schweizer ganz oben: Um Milliardenlöcher in der AHV und eine systemfremde Umverteilung von jung zu alt in der 2. Säule zu verhindern, braucht es eine umfassende, strukturelle Reform des Vorsorgesystems.



...für eine freiheitliche und vorausschauende Politik einsetzen.



Und das Wichtigste in meinem Leben: Zeit mit meiner Familie und Freunden zu verbringen – hier mit der Familie bei Toni Brunner zu Besuch.



Christoph Riner

- Jahrgang 1977
- Wohn- und Heimatort Zeihen

Ausbildung/Berufliche Tätigkeit

- Kaufmännische Aus- und Weiterbildung
- Kaufmann

Politische Tätigkeit

- seit 2009 Grossrat
- Mitglied in der grossrätlichen Kommission für allgemeine Verwaltung
- Präsident Einbürgerungskommission des Grossen Rates 2016
- seit 2009 Präsident SVP Bezirk Laufenburg
- 1997-2013 Mitglied Finanzkommission Zeihen
- 2014-2017 Präsident Finanzkommission Zeihen

Engagement

- Vorstandsmitglied Verband Aargauer Ortsbürgergemeinden
- Vorstandsmitglied TCS Untersektion Fricktal-Rheintal
- OK-Mitglied Aargauer Kantonal-schützenfest 2012
- Kantonalführer Aargauer Schiesssportverband 2012-2017

Hobbies

- 300-m-Schiessen, Skifahren, Schwingfeste besuchen

Mehr auf

- www.christoph-riner.ch

Das ist mir wichtig

Mehr Bürgernähe in der Politik! Ein grosses Anliegen von mir ist der Erhalt unserer Volksrechte und der Föderalismus. In der Schweiz bestimmen die Bürgerinnen und Bürger selber, was sie wollen und was sie nicht wollen. Der oberste Chef in unserem Land ist das Volk.



Seit 25 Jahren aktiver Schütze, OK-Mitglied Aargauer Kantonal-schützenfest 2012, Kantonalführer Aargauer Schiesssportverband 2012–2017.

«Ächt bodenständig – für eine freie und unabhängige Schweiz mit unseren Traditionen!»

Liebe Aargauerinnen, liebe Aargauer

Mir liegt die Schweiz am Herzen. Ich setze mich für die Freiheit, unsere einzigartige direkte Demokratie und die Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger ein. Unsere Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Tragen wir gemeinsam Sorge dazu.

Für eine freie und unabhängige Schweiz

Ich setze mich für eine freie und unabhängige Schweiz ein. Kein EU-Beitritt und keine automatische EU-Rechtsübernahme.

Sicherheit der Bevölkerung

Die Gesetze sind so zu schaffen und anzuwenden, dass die Menschen sicher in unserem Land leben können. Für die Sicherheit der Bevölkerung muss schnell und konsequent gegen Gewaltstraftäter vorgegangen werden.

Bürgerinnen und Bürger entlasten

Weniger Gebühren, Abgaben und Steuern für alle. Gute Rahmenbedingungen für KMU und Landwirtschaft. Dies schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Unsere Traditionen leben und pflegen

In einer immer schnelllebigeren Zeit ist es wichtig, dass wir unsere Traditionen leben und pflegen.

Sie geben Halt und stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl in unserem Land.

Zuwanderung

Ich befürworte eine eigenständig kontrollierte Zuwanderung. Eine 10 Millionen Einwohner zählende Schweiz hätte grosse negative Auswirkungen auf unseren natürlichen Lebensraum. Dieser ist jedoch eine wichtige Grundlage für unsere Lebensqualität.

Sport und Vereinstätigkeiten

Mit guten Rahmenbedingungen sollen der Sport und Vereinstätigkeiten unterstützt werden. Viele Ehrenamtliche in den unterschiedlichsten Vereinen leisten einen enorm wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und den Zusammenhalt von Alt und Jung.



Aargauer Grossrat seit 2009.



Als Helfer im Einsatz am grössten Schützenfest der Welt, am Eidg. Feldschiessen 2019.



«Wählen Sie "ächt bodenständig" – für Bodenständigkeit in der Politik.»



Bruno Rudolf

- Jahrgang 1967
- wohnhaft in Reinach AG
- verheiratet mit Brigitte
- ein Sohn in Ausbildung

Ausbildung

- Mechaniker
- Techniker TS / dipl. Techniker HF

Berufliche Tätigkeit

- verantwortlich für die Informatik in einem KMU Betrieb
- Lehrlingsverantwortlicher für Lernende Informatik

Politische Ämter

- seit 2002 Gemeinderat in Reinach AG
- seit 2010 Vizeamann
- Seit 2013 Grossrat

Weitere politische Tätigkeiten (teilweise von Amtes wegen)

- Präsident der grossrätlichen Kommission AVW (Kommission für allgemeine Verwaltung)
- Präsident Kreisschulrat Homberg
- Kreisschulrat Kreisschule aargauSüd
- Schulvorstand KV Lenzburg Reinach
- Vizepräsident REPLA aargauSüd (Gemeindeverband)
- Stiftungsrat Altersheim Sonnenberg

Politik

- Ortsparteipräsident SVP Reinach AG
- Vorstand SVP Bezirkspartei Kulm
- Kantonalvorstand SVP Aargau
- Delegierter SVP Schweiz

De Bruno trifft ...



Mit dieser Sendereihe möchte ich Ihnen einen Einblick über mich und vor allem in mein politisches Leben zeigen. Als «stiller Schafffer» ist es immer schwierig einen öffentlichen Fussabdruck zu hinterlassen. Mein Motto: «lieber durchdacht und gut überlegt agieren, als mit Lautsprechen zu polarisieren.» Während des ganzen Wahlkampfes treffe ich verschiedene Personen aus dem ganzen Aargau zu einem gemütlichen «Schwatz» zu aktuellen Themen.

Mehr auf

- www.bruno-rudolf.ch

Das ist mir wichtig

- Sachpolitik
- fundierte Dossierkenntnis
- mehrheitsfähige Lösungen



«Als aktiver Schütze der SG Reinach AG schieesse ich leidenschaftlich gerne mit meinem Sturmgewehr 90.»



Bruno Rudolf ist seit 2002 fest im politischen Geschehen in der Region aargauSüd und im Bezirk Kulm verankert. Im Aargauer Grossen Rat ist er seit 2013 für den Bezirk Kulm vertreten und präsidiert die Kommission «Allgemeine Verwaltung». Seine Freizeit verbringt er gerne mit seiner Familie und dem Familienhund Aimy.

Für starke Regionen und Gemeinden – Jugendliche fordern und fördern

Jugendliche fördern

Unsere Jugend ist die Basis für eine sichere Zukunft. Dafür müssen wir ihnen in unseren Gemeinden Strukturen schaffen und erhalten. Um das zu erreichen, binden wir die Jugend ins Gesellschaftsleben ein, vermitteln ihnen Werte und geben ihnen Perspektiven.

Unsere Region, unsere Heimat

Mir liegen unsere Regionen sehr am Herzen. Als Vizepräsident der Regionalplanungsgruppe aargauSüd impuls kann ich aktiv an der Entwicklung mitarbeiten.

Über die Bezirksgrenzen hinaus

Als Vizeamann und amtierender Grossrat kenne ich beide Seiten, die der Gemeinden, und die des Kantons. Der Kanton ist nur so stark, wie seine Gemeinden. Aus diesem Grund müssen wir die Gemeinden und den Kanton Aargau stärken,

und uns einsetzen für lebenswerte und starke Regionen, die uns mit tiefen Steuern und tiefen Gebühren attraktive Lebensräume bieten.

Die Zündschnur brennt ...

Ich kämpfe für eine starke Schweizer Armee, welcher die benötigten Ressourcen, materiell, personell wie auch finanziell, zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen eine starke Armee, welche unsere Schweiz schützen kann. Denn unsere Armee ist einer der Grundpfeiler unserer Neutralität und unserer Freiheit.

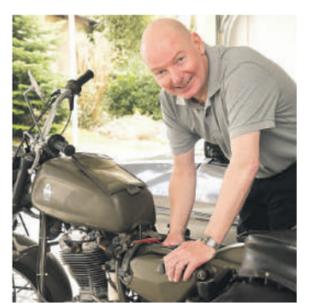
In den letzten Jahren wurde unsere Armee immer mehr benachteiligt und der Personalbestand wurde kontinuierlich reduziert. Wenn wir unsere Freiheit in der Schweiz längerfristig sichern wollen, müssen wir uns zu einer starken Schweizer Armee mit einer modernen Luftwaffe bekennen.



«In meinem Beruf liebe ich es, mit der Technik die Menschen zu unterstützen.»



«Die Politik hat für mich einen grossen Stellenwert – ich setze mich gerne für unsere freie Schweiz ein.»



«Als gelernter Mechaniker lege ich an meinen Oldtimer-Fahrzeugen gerne auch mal Hand an.»



Die SVP wehrt sich: Die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme bezahlen auch die Senioren.

Senioren wählen SVP!

Unter dem Generationenvertrag ist ein fiktiver Solidaritätsvertrag zu verstehen, der das wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Altersgruppen regelt. Die Erwachsenen sorgen für die Kinder, dafür schauen diese als Erwachsene zu den Alten, wenn Hilfe nötig ist. Das Prinzip gilt sowohl in der Familie, wie auch in der Gesellschaft und bildet die Basis für die AHV. Nun gerät dieser Generationenvertrag zunehmend unter Druck. Die Menschen leben immer länger und die nachfolgenden Generationen werden immer kleiner. Bei der Einführung der AHV kamen auf einen Rentner sechs Personen im Er-

werbsalter. Heute sind es ungefähr drei und ab 2030 werden es noch zwei sein. Trotz des vom Schweizer Volk jüngst beschlossenen Zustupfs fehlt das Geld zur Sicherung der Altersrenten auf heutigem Niveau. Dazu kommen die Kapitalmarktprobleme in der beruflichen Vorsorge. Wenn sich an der heutigen Situation nichts ändert, muss sich die Rentnergeneration (auch die künftige) warm anziehen.

Die SVP setzt sich dafür ein, dass die AHV-Renten gesichert bleiben und zwar ohne neue Steuern. Zu den Massnahmen gehören die Angleichung des Rentenalters

von Frauen und Männern sowie die Umlagerung von Asyl- und Entwicklungshilfegeldern zur AHV. Zusätzlich fordert die SVP den Bundesrat und das Parlament auf, die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu bezahlen.

Schliesslich unterstützt die SVP angesichts der höheren Lebenserwartung auch eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Deshalb wählen Seniorinnen und Senioren SVP mit dem Aufruf an die Kandidierenden, sich für die ältere Generation einzusetzen.
SVP Senioren Aargau

Die SVP Aargau politisiert mit klaren Zielen und Lösungen

Das aktuelle Legislaturprogramm der SVP-Grossratsfraktion

1. Für einen Aargau mit tiefen Steuern und gesunden Finanzen

- Senkung der Staatsquote, Rückführung der Staatstätigkeiten auf Kernaufgaben. Keine neuen Staatsaufgaben und -ausgaben.
- Keine Defizite, sondern Schuldenabbau und Senkung der Steuern.
- Zweckmässigkeit hat oberste Priorität. Es gibt keinen Platz für Luxuslösungen.
- Keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben.
- Keine Kriminalisierung der Steuerzahlenden.
- Schutz des Privateigentums.
- APK-Gesundung durch realistische Eckwerte, ohne erneute Zuschüsse von Steuergeldern.

2. Für ein bezahlbares Sozial- und Gesundheitswesen

- Der Sozialmissbrauch wird durch Stärkung der Gemeindeautonomie und des Milizprinzips im Fürsorgewesen sowie durch Streichung der SKOS-Richtlinien in den kantonalen Gesetzen und Verordnungen bekämpft.
- Wachstum der Gesundheitskosten nicht grösser als Wirtschaftswachstum durch Wettbewerb und mehr Transparenz hinsichtlich Qualität und Preisen bei den Leistungserbringern.
- Entflechtung der Mehrfachrollen des Kantons; z. B. Verkauf der Kantonsspitalaktiengesellschaften.
- Niederschwellige Angebote in der Grundversorgung und in der Pflege (Hausärzte, Spitex, etc.) sind ohne gesetzlichen Zwang zu fördern.
- Anreize für Freiwilligenarbeit in der Pflege sind zu fördern.
- Kinderbetreuung ist Privatsache. Die Fremdbetreuung muss auf Freiwilligkeit beruhen. Der Aufbau allfälliger Betreuungsstrukturen inkl. Vorschriften liegt in der Kompetenz der Gemeinden.

3. Für den Lebensraum und Wirtschaftsstandort Aargau

- Verbesserung der Rahmenbedingungen: Reduktion von Auflagen, Vorschriften und Bürokratie; Förderung des Mittelstandes und Stärkung der KMU.
- Gute Verkehrsbedingungen, ohne Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Verkehrsträger, Schaffung bedarfsgerechter Parkierungsräume (Park+Pool) und Strassenkapazitäten. Keine Angriffe auf die Strassenkasse.
- Verlässliche Raumplanung unter Berücksichtigung der Fruchtfolgeflechten (FFF); Reduktion von Auflagen, Vorschriften und Bürokratie.
- Verhältnismässige Natur- und Umweltschutzmassnahmen.
- Für eine gesunde produzierende Landwirtschaft – vorhandenen Spielraum nutzen – keine zusätzlichen kantonalen Vorschriften.
- Sichere und günstige Energieversorgung ohne staatliche Förderungsprogramme mit tiefster möglicher Auslandsabhängigkeit. Der Weiterbetrieb und der zeitgemässe Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke sind unverzichtbar.

4. Für öffentliche Sicherheit

- Konzentration der Polizeikräfte auf Sicherheit, Verbrechensbekämpfung und kriminelles Verhalten im Strassenverkehr.
- Hartes Durchgreifen gegenüber Gewalt- und Sexualverbrechen.
- Keine Toleranz gegenüber Rasern, Abfallsündern (Littering) und Vandalen.
- Für eine wirksame Bekämpfung der Wirtschafts- und Cyberkriminalität.
- Konsequente und rasche Ausschaffung von verurteilten und/oder abgewiesenen Asylbewerbern.
- Unterbringung von renitenten Asylbewerbern in geschlossenen Unterkünften bis zu deren Ausschaffung. Umsetzung der Ausschaffungsinitiative.
- Für eine schlanke Handhabung der KESB-Vorgaben und Bekämpfung der ausufernden Bürokratie im Kinder- und Erwachsenenschutz. Gegen masslose und realitätsfremde Entscheide und Massnahmen.
- Erhöhung der Einbürgerungskriterien mit restriktiver Umsetzung.
- Kurze Verfahren in allen Rechtsgebieten durch Effizienzsteigerung.
- Opferschutz vor Täterschutz.

Stellungnahme der Jungen SVP Aargau

Die eidg. Parlamente sind überaltert – Junge wählen!

Dass viele Menschen auch im hohen Alter äusserst vital und leistungsfähig sind und über wertvolle Erfahrungen verfügen, stellt niemand in Frage. Diese Erfahrung ist im National- und Ständerat in hohem Mass vorhanden. **Gemäss der aktuellen Statistik des Bundesamtes vom 21. Juni 2019 sind von den 246 Volksvertretern 81 über 60-jährig, also fast jeder Dritte!**

Gerne wird seitens dieser Generation bemängelt, dass sich die Jungen zu wenig für die Politik interessieren, sich nicht engagieren und keine Verantwortung übernehmen wollen. Dagegen kämpfen die Aargauer Jungparteien mit viel Engagement. So auch die JSVP Aargau.

Es ist uns gelungen, 16 junge Frauen und Männer als Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat zu gewinnen. Sie alle verfügen über viel Potenzial und sind motiviert, sich für unsere Gesellschaft zu engagieren. Aber sie sind auch Realisten. Sie wissen, dass sie kaum im ersten Anlauf den Sprung nach «Bern» schaffen, dass zuerst ältere den Weg frei machen müssen.

Dass über 60-Jährige, die schon 28 Jahre und mehr in Bern sitzen, erneut kandidieren, gehört zu unserer Demokratie. Ihr Argument aber, dass es in Bundesbern mehr Ältere braucht für die Anliegen der älteren Generation, können wir nicht nachvollziehen. Die über 60-Jährigen sind sehr gut vertreten!

Und, bei allem Respekt, wir erlauben uns die Frage: **Warum haben die «Langzeit-Volksvertreter» während ihrer langen Zeit in Bundesbern nicht schon längst durchgesetzt, was ihnen so wichtig ist?**

Liste 01b - Junge SVP Aargau



**Zukunft
aber sicher!**



facebook.com/jsvpaargau

twitter.com/jsvpaargau

instagram.com/jsvpaargau

www.jsvpaargau.ch

5. Für eine leistungsorientierte, ganzheitliche Bildung

- Eltern sind für die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder verantwortlich.
- Gleiche Förderung sämtlicher Bildungswege.
- Für eine leistungsorientierte, ganzheitliche Bildung mit Noten 1–6 ab erster Klasse.
- Drei Leistungszüge auf der Oberstufe.
- Auszubildende fördern und fördern.
- Das Bildungsangebot orientiert sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft.
- Der Lehrer soll sich wieder verstärkt seinem Kerngeschäft, dem Unterrichten, widmen können.
- Keine unnötigen Reformen.
- Schwache Schüler sollen mittels bewährter Sonderformen (Einschulungsklassen, Kleinklassen) gefördert werden.
- Senkung der Kosten pro Schüler durch grössere Klassen und weniger Heilpädagogen, Logopäden und Psychologen. Plafonierung der Kosten und Kostenbeteiligung durch Eltern bei Deutsch als Zweitsprache.
- Einfluss der pädagogischen Hochschule auf die Volksschule begrenzen.

6. Für eine auf unseren Traditionen basierende Kultur

- Sport und Vereinstätigkeit mit guten Rahmenbedingungen unterstützen, da sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten.
- Kulturförderung mit klarem Bezug zu unseren Werten und Traditionen. Kunstausgaben senken.

7. Für eine effiziente Verwaltung und eine hohe Gemeindeautonomie

- Für einen schlanken, effizienten und transparenten Staat.
- Für grösstmögliches Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden.
- Ja zu freiwilligen Gemeindefusionen – nein zum Diktat von oben.
- Laufende Überprüfung bestehender Gesetze und Vorschriften auf ihre Notwendigkeit, wo sinnvoll Einführung von befristeten Erlassen.
- Reduktion des Personalaufwandes der öffentlichen Verwaltung.

Sackstarke Argumente

für die Wahl von Hansjörg Knecht als Ständerat

Er hat das politische und menschliche Format

- wer ihn kennt, schätzt ihn als besonnene Persönlichkeit
- er begegnet Menschen mit Respekt
- als verantwortungsvoller Unternehmer schaut er voraus – auch in der Politik
- er ist offen für gute Argumente

Er hat grosse Erfahrung auf allen politischen Stufen

- seit 2011 Nationalrat
- Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
- 15 Jahre Aargauer Grossrat
- 8 Jahre regionaler Planungsverband
- 8 Jahre Exekutiverfahrung im Gemeinderat

Seine Kompetenz in Aargauer Kernthemen ist unbestritten

- Wirtschaft und Gewerbe
- Finanzen und Steuern
- Energiepolitik
- Verkehrspolitik (fährt auch LKW)
- Kampf gegen Bürokratie und Regulierungen

Er weiss, wovon er spricht

- er trägt als Arbeitgeber soziale Verantwortung für Menschen
- er leitet einen führenden Familienbetrieb
- als Präsident des HEV Aargau setzt er sich für den Schutz des privaten Eigentums ein
- er ist als Unternehmer am Puls des Gewerbes, der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden
- er hat die nötige Bodenhaftung

Sein Leitmotiv:

«Die Voraussetzung für einen starken sozialen Staat ist eine starke Wirtschaft.»

www.hansjoerg-knecht.ch

In den Ständerat: Hansjörg Knecht

Müllereiunternehmer
Nationalrat seit 2011



Keine Stimme verschenken – die SVP stärken

Ständeratswahlen

Wahlzettel

für die Wahl der zwei aargauischen Mitglieder des Ständerats
Amtsperiode 2020/2024

Sonntag, 20. Oktober 2019

Mitglieder des Ständerats:

1. *Hansjörg Knecht, Leibstadt*

2. **zweite Linie leer lassen**

Nationalratswahlen

**SVP Kandidatinnen und Kandidaten wählen.
Jede SVP-Stimme für einen «fremden»
Kandidaten stärkt eine Partei, die nach den
Wahlen gegen die Anliegen der SVP ist.**

So wählen Sie richtig

- Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:
 - Block mit vorgedruckten Nationalrats-Wahlzetteln (Listen)
 - Kleines Couvert
 - Ständerats-Wahlzettel
 - Regierungsrats-Wahlzettel
 - Stimmrechtsausweis
- Trennen Sie die **SVP-Liste 01a** oder die Liste der Jungen SVP 01b von den übrigen Wahlzetteln ab (nur eine Liste ins Stimmcouvert legen, sonst ist die Stimmabgabe ungültig).
- Nehmen Sie den Ständerats-Wahlzettel und füllen ihn aus mit **Hansjörg Knecht, Leibstadt**. Die zweite Linie können Sie leer lassen.
- Nehmen Sie den Regierungsrats-Wahlzettel und füllen ihn aus mit **Jean-Pierre Gallati, Wohlen**.
- Nun die drei Zettel (nur eine Nationalratsliste SVP 01a oder SVP 01b, Ständerats-Wahlzettel, Regierungsrats-Wahlzettel) ins kleine Couvert stecken und zukleben.
- Stimmrechtsausweis unterschreiben.**
- Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis so ins grosse Couvert stecken, dass die Adresse der Gemeinde im Fenster erscheint. Couvert verschliessen.
- Couvert in den nächsten Postbriefkasten (bis 15.10.) oder direkt in Briefkasten der Gemeindeverwaltung (bis 20.10., 8.00 Uhr) werfen.

Fragen zu den Wahlen?

Die Wahlhotline **0800 0 1291 0** informiert kostenlos und kompetent vom 13. September bis 20. Oktober 2019, Montag bis Sonntag von 9.00 bis 18.00 Uhr. Fragen per Mail: wahlen@svp.ch